

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 30

By Mr Joschka Fischer

Status : - Member

Artikel 30

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

(1) Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist, sichert der Union eine operative Kapazität, die sich auf zivile und militärische und zivile Mittel stützt, zur Wahrung des Friedens, zur Verhütung von Konflikten und zur Stärkung der internationalen Sicherheit. ~~Die Union kann diese im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, bei Missionen zur Verhütung von Konflikten, zur Wahrung des Friedens und zur Stärkung der internationalen Sicherheit außerhalb der Union einsetzen.~~ Die Umsetzung dieser Aufgaben erfolgt auf der Basis der von den Mitgliedstaaten bereitgestellten Fähigkeiten.

(2) Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik umfasst die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union. Diese führt zu einer gemeinsamen Verteidigung, sobald der Europäische Rat einstimmig einen entsprechenden Beschluss gefasst hat. Er empfiehlt in diesem Fall den Mitgliedstaaten, einen solchen Beschluss gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften anzunehmen.

Die Politik der Union nach diesem Artikel berührt nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten; sie achtet die Verpflichtungen einiger Mitgliedstaaten, die ihre gemeinsame Verteidigung in der Nordatlantikvertragsorganisation (NATO) verwirklicht sehen, aus dem Nordatlantikvertrag und ist vereinbar mit der in jenem Rahmen festgelegten Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

(3) Die Mitgliedstaaten stellen für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zivile und militärische und zivile Fähigkeiten als Beitrag zur Verwirklichung der vom Rat

festgelegten Ziele zur Verfügung.

Die Mitgliedstaaten sagen zu, ihre zivilen und militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Es wird eine Europäische Agentur für Rüstung und strategische Forschungsfähigkeiten eingerichtet, die die europäischen militärischen Fähigkeiten verbessern sowie Interoperabilität und Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der Mitgliedstaaten verstärken soll. Diese Agentur soll dazu beitragen, ein günstiges Umfeld für eine wettbewerbsfähige europäische Rüstungsindustrie zu schaffen sowie die schrittweise Schaffung eines europäischen Rüstungsmarkts zu fördern.~~deren Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Maßnahmen zur Deckung dieses Bedarfs zu fördern, zur Ermittlung der Maßnahmen beizutragen, die dazu angetan sind, die industrielle und technologische Grundlage des Verteidigungssektors zu stärken und diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen sowie dem Rat bei der Evaluierung der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten behilflich zu sein.~~

Die Mitgliedstaaten, die untereinander multinationale Streitkräfte zusammenstellen, können diese auch für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Verfügung stellen.

(4) Beschlüsse über die Durchführung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, einschließlich der Beschlüsse über die Einleitung einer Mission gemäß diesem Artikel, werden vom Rat einstimmig auf Vorschlag des Außenministers der EU oder eines Mitgliedstaates gefasst. Der Außenminister kann den Rückgriff auf einzelstaatliche Mittel sowie auf Instrumente der Union - gegebenenfalls gemeinsam mit der Kommission - vorschlagen.

(5) Der Rat kann die Durchführung einer Mission im Rahmen der Union einer Gruppe von Mitgliedstaaten übertragen. Diese Mission wird nach Maßgabe von Teil II Titel B Artikel 18 der Verfassung durchgeführt.

(6) Die Mitgliedstaaten, die anspruchsvolle Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander verbindlichere Zusagen eingegangen sind, nehmen eine strukturierte Zusammenarbeit im Rahmen der Union auf. Diese Zusammenarbeit erfolgt nach Maßgabe von Teil II Titel B Artikel 20 der Verfassung.

(7) Solange kein Beschluss des Rates gemäß Absatz 2 ergangen ist, wird im Rahmen der

Union eine engere Zusammenarbeit im Bereich der gegenseitigen Verteidigung aufgenommen. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit leisten im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines an dieser Zusammenarbeit beteiligten Staates die anderen beteiligten Staaten alle in ihrer Macht stehende militärische und sonstige Hilfe und Unterstützung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Die Teilnahmemodalitäten und die praktischen Modalitäten sowie die dieser Zusammenarbeit eigenen Beschlussfassungsverfahren sind in Teil II Titel B Artikel 21 der Verfassung verankert.

(8) Das Europäische Parlament wird zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehört; es wird regelmäßig über die Entwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterrichtet.

Explanation (if any) :

Allgemein: Auf die Ergebnisse des Brüsseler Gipfels vom 29. April 2003 zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird hingewiesen. Diese Vorschläge sollten in den weiteren Beratungen des Konvents berücksichtigt werden.

Zu den Absätzen:

Zivile Aspekte sollten vor militärischen aufgeführt werden.

Absatz 1: Die Union sollte ihre zivilen und militärischen Mittel insbesondere auch zur Verhütung von Konflikten einsetzen. Die Umsetzung der hier aufgeführten Aufgaben hängt davon ab, dass die Mitgliedstaaten die entsprechenden Fähigkeiten zur Verfügung stellen.

Absatz 3: Auch die zivilen Fähigkeiten sollten verbessert werden.

Die einzurichtende Agentur sollte die Bereiche Fähigkeiten und Rüstung abdecken und in diesem Zusammenhang Anliegen im militärischen Bereich durch einen umfassenden Ansatz unterstützen. Hierbei sollte auch die schrittweise Schaffung eines Rüstungsmarkts genannt werden. Eine detaillierte Auflistung ihrer Aufgaben sollte im zweiten Teil der Verfassung erfolgen.

Absatz 7: Anmerkung: Im Rahmen der deutsch-französischen Konventsinitiative zur ESVP (CONV 422/02) war vorgeschlagen worden, dass diejenigen Mitgliedstaaten, die dies wünschen, ihre in der WEU eingegangenen Verpflichtungen unter Nutzung der verstärkten Zusammenarbeit in die Europäische Union überführen können.

